



Deutscher
BundeswehrVerband

PRESSEABTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG Nr. 12/2015

Berlin, 22. April 2015

Mängel am Sturmgewehr G36

Wüstner: Verantwortungsvolle Politik hört beim G36 nicht auf!

Berlin. Zur jetzt angelaufenen Aufarbeitung der Mängel am Gewehr G36 und der Befassung des Verteidigungsausschusses mit dem Fall erklärt der Bundesvorsitzende des Deutschen BundeswehrVerbandes, Oberstleutnant André Wüstner:

„Auch, wenn unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz wie im Grundbetrieb dem Sturmgewehr G36 vertrauen: Die Untersuchungsergebnisse zeigen eindeutig, dass jetzt umgehend der Entwicklungs- und Beschaffungsprozess für ein neues System Sturmgewehr eingeleitet werden muss. Dieser Prozess darf sich keinesfalls zehn Jahre hinziehen!

Für die Zwischenzeit muss sichergestellt werden, dass Regeneration und Instandhaltung des G36 und damit der Ausbildungsbetrieb als wesentlicher Grundbaustein für die Einsatzbereitschaft von Streitkräften gewährleistet bleibt. Zudem muss geprüft werden, ob zügig eine auf dem Markt verfügbare und den heutigen Einsatzerfordernissen entsprechende Waffe beschafft werden kann oder ob das G36 für eine Übergangszeit modifiziert und optimiert werden kann.“

Wüstner weiter: *„Es ist gut und richtig, dass das Thema Ausrüstung der Bundeswehr die entsprechende Aufmerksamkeit des Parlamentes erfährt. Die Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Das gilt allerdings nicht nur für die Handwaffen, sondern für die gesamte Ausstattung der Bundeswehr. Sie leidet unter einem enormen Modernisierungsstau, der seinen Grund in den strengen Sparauflagen der vergangenen Jahre hat. In den kommenden Jahren muss hier deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden.“*

Derzeit, so Wüstner, geben Soldatinnen und Soldaten im Schnitt 1.000 Euro für privat beschaffte Ausstattung aus. *„Es kann keine Perspektive sein, dass sie in Zukunft etwa auch noch ihre Funkgeräte oder Nachtsichtbrillen aufgrund von Mängeln oder fehlender Neubeschaffung selbst kaufen müssen. Die Menschen in der Bundeswehr setzen daher auf verantwortungsvolle Politik weit über das Thema G36 hinaus und damit auch auf eine zwingend erforderliche verbesserte finanzielle Unterfütterung der Bundeswehr. Dazu muss der Rüstungs- und Beschaffungsanteil für die entsprechende Modernisierung bereits 2016 auf 20% erhöht werden - sonst bleibt alles eine Farce!“*

Kapelle-Ufer 2 • 10117 Berlin
Telefon (030) 80 47 03-0 oder -30
Telefax (030) 80 47 03-50
Internet: <http://www.dbwv.de>
Email: berlin@dbwv.de

Südstraße 123 • 53175 Bonn
Telefon (0228) 38 23-212 oder -213
Telefax (0228) 38 23-219

Email presse@dbwv.de